

# Jahresbericht 2020

Rechenschaftsbericht des Vorstands



# Impressum

## Jahresbericht 2020

Rechenschaftsbericht des Vorstands

### **Herausgeber**

Global Policy Forum Europe  
Königstr. 37a  
53115 Bonn  
Tel. 0228 96 50 510  
europe@globalpolicy.org  
www.globalpolicy.org

### **Kontakt**

Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

### **Layout**

www.kalinski.media

Bonn, Juni 2021

### **Titelbilder**

Stop Covid-19 © Pixabay, Fernando Zhiminaicela

# Inhalt

<b>I. Überblick</b>	<b>4</b>
<b>II. Arbeitsschwerpunkte 2020</b>	<b>7</b>
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	7
2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung	12
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	16
4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	19
<b>III. Finanzbericht 2020</b>	<b>21</b>
<b>IV. Daten und Fakten</b>	<b>24</b>
1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2020	24
2. Veröffentlichungen	25
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	28
4. GPF im Internet	31

# I. Überblick

Die Arbeit des Global Policy Forums (GPF) war im Jahr 2020 in hohem Maße von der COVID-19-Pandemie und ihren sozio-ökonomischen Auswirkungen geprägt. Die Pandemie und die politischen Maßnahmen, mit denen die Regierungen auf sie reagierten, haben auf Jahre hinaus gravierende Folgen für die globale Entwicklungsagenda.

Analysen der Vereinten Nationen, der Weltbank und anderer internationaler Organisationen warnen davor, dass die ohnehin fragilen Fortschritte, die bei der Reduzierung von Armut und Unterernährung in den letzten Jahrzehnten erzielt wurden, wieder zunichte gemacht werden. Die weltwirtschaftliche Rezession macht vor keinem Land Halt. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind in vielen Ländern massiv angestiegen. Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung und des Artensterbens drohen auf der politischen Prioritätenliste nach unten zu rutschen. Sinkende Staatseinnahmen und wachsende Verschuldung werden den finanziellen Handlungsspielraum der Politik von der globalen bis zur kommunalen Ebene erheblich einschränken.

Für die Vereinten Nationen steht dennoch außer Frage, dass angesichts der „Krise von historischem Ausmaß“ die SDGs „umso dringlicher“ seien, so Liu Zhenmin, Leiter der UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UN-DESA). Er fordert einen „wirklich transformativen Aufschwung, [...] der das Risiko künftiger Krisen

verringert und uns in die Lage versetzt, die Ziele der Agenda 2030 und des Pariser Abkommens über den Klimawandel zu erreichen.“

Schlagworte wie „building back better“ prägen den globalen Diskurs über die Bewältigung der Coronakrise. Die Welt solle nach der Krise nicht zur alten Normalität zurückkehren, denn diese hatte schon vor der Krise verhindert, dass in ausreichendem Maße Fortschritte bei der Verwirklichung der SDGs erzielt wurden. Der Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Krise solle stattdessen Entwicklungsstrategien folgen, die besser im Einklang mit der Agenda 2030 und ihren Nachhaltigkeitszielen stehen.

Dies hieße allerdings, dass die Rettungspakete und Konjunkturprogramme der Regierungen in Reaktion auf die Coronakrise die weltweiten sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen systematisch berücksichtigen. Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte müssten integrale Bestandteile aller Maßnahmenpakete bilden. Darin liegt auch eine Chance, denn wenn dies gelänge, könnten die öffentlichen Gesundheits- und Sozialsysteme gestärkt aus der Krise hervorgehen und die umfassenderen Konjunkturprogramme einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation im Sinne der SDGs und des vielfach proklamierten Green New Deal leisten. Dafür hat sich das Global Policy Forum in zahlreichen Publikationen, Vorträgen und Veranstaltungen im Jahr 2020 eingesetzt.

## Entwicklungsfinanzierung in der Ära von COVID-19

Die Coronakrise hat auch die weltweiten Diskussionen über die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung bestimmt – und damit auch die Arbeit von GPF in diesem Themenbereich.

Die Krise hatte einen erheblichen Einfluss auf alle Säulen der Entwicklungsfinanzierung, von der Mobilisierung heimischer Ressourcen über die öffentliche Entwicklungsfinanzierung bis zu Privatin-

vestitionen und Verschuldung. Der UN-Generalsekretär hatte ab Mai 2020 einen UN-Sonderprozess zu „Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond“ gestartet, den GPF aktiv begleitet hat.

Ein wesentliches Thema war für uns dabei weiterhin die verstärkte internationale Steuerkooperation und die Bekämpfung von Kapitalflucht in Schatten-

finanzzentren und Steueroasen. Der Schwerpunkt lag 2020 in der engen Begleitung der Arbeit des

UN-Expertenpanels zu Financial Accountability, Transparency und Integrity (FACTI).

## Wirtschaft und Menschenrechte als Dauerthema

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bildete die Auseinandersetzung mit dem Einfluss von Akteuren des Privatsektors (Privatwirtschaft und private Stiftungen) auf deutsche und internationale Politikprozesse. Dies geschah unter anderem mit Blick auf den Wirtschaftseinfluss auf die Debatten über ein deutsches Lieferkettengesetz. Ein Ergebnis unserer Arbeit war die Erstellung und Veröffentlichung eines Positionspapiers zu Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten. In dem Positionspapier, das gemeinsam mit elf weiteren deut-

schen Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen herausgegeben wurde, fordern wir von der Politik und Wirtschaft, die besondere Betroffenheit von Frauen und Mädchen in globalen Lieferketten stärker zu berücksichtigen.

Weiterhin haben wir uns in mehreren Publikationen und Veranstaltungen auch 2020 mit dem UN-Prozess zur Aushandlung eines verbindlichen Abkommens zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty-Prozess“) befasst.

## Engagement in internationalen Netzwerken

Einen wichtigen Aspekt unserer Arbeit bildet das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken. Dazu zählt auf internationaler Ebene die Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society for International Development, Third World Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u. a.).

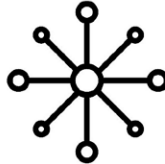
Von großer Bedeutung ist daneben auch unsere Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und en-

gagiert sich im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Daneben unterstützen wir seit 2019 auch die Initiative Lieferkettengesetz (<https://lieferkettengesetz.de/>).

Seit 2018 sind wir Mitglied im Geneva Global Health Hub, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisch unter die Lupe nimmt und sich für eine demokratische globale Gesundheits-Governance einsetzt (<http://g2h2.org/>). In Deutschland arbeiten wir seit 2020 auch in der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit mit.

Schließlich sind wir weiterhin im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice aktiv, die wir mitgegründet haben. Daneben haben wir unser Engagement in der internationalen Civil Society Financing for Development (FfD) Group und im europäischen Netzwerk Eurodad verstärkt.

GPF und GPF Europe spielen eine aktive Rolle in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen. Zu ihnen gehören u.a.:



## II. Arbeitsschwerpunkte 2020

### 1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

#### Überblick

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie prägten im Jahr 2020 auch die Arbeit von GPF zur Agenda 2030 und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development. Treffen der Gruppe konnten ebenso wie die Tagungen der Vereinten Nationen nur online stattfinden. Dies galt

auch für das High-level Political Forum der UN im Juli 2020.

In Deutschland beteiligten wir uns weiterhin aktiv an den Debatten über die SDG-Umsetzung im Rahmen von Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträger\*innen und Journalist\*innen sowie durch mehrere Publikationen.

#### Unsere Projekte

GPF hat sich 2020 in mehreren Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

In Deutschland haben wir mit unserem Projekt **Weichenstellung 2020** Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wurde das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und Engagement Global. Im Rahmen des Projektes veröffentlichten wir eine Reihe von Briefing Papers und eine Publikation mit dem Titel *Baustellen des Multilateralismus* (erschienen im Februar 2021). Außerdem führten wir in zahlreichen Städten Vortragsveranstaltungen zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Folgen die Corona-Pandemie für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele hat. Schließlich führten wir gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung das Informationsportal [www.2030agenda.de](http://www.2030agenda.de) fort.

Daneben veröffentlichte GPF 2020 das Handbuch *Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz* (<https://www.2030agenda.de/de/zwischenbilanz>). Dies geschah mit Unterstützung von Engagement Global und ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der **Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Develop-**



**ment** fortgesetzt, in der wir u. a. mit Social Watch, dem Third World Network, DAWN, Public Services International, dem Center for Economic and Social Rights, der Society for International Development und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2020 den zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2020: Shifting policies for systemic change. Lessons from the global COVID-19 crisis*).

Schließlich haben wir 2020 das Kooperationsprojekt Global Policy Watch (<https://www.globalpolicywatch.org/>) fortgesetzt, in dem GPF New York, GPF Europe und Social Watch zusammenarbeiten. Ziel war es, aktuelle Informationen und Analysen über die Agenda 2030 und ihre Umsetzung vor allem für Gruppen im globalen Süden bereitzustellen. Gleichzeitig sollen ihre Positionen in die Diskussionen auf UN-Ebene eingespeist und die weltweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen „Watchdog Organisationen“ unterstützt werden. Finanziell gefördert wurde dieses Projekt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Jens Martens** betreut.

## 8 Punkte für eine globale Agenda strukturellen Wandels in der COVID-19-Pandemie

von Jens Martens

Regierungen haben weltweit mit beispielloser Intensität auf die COVID-19-Pandemie reagiert. Sie haben damit bewiesen, dass sie handlungsfähig sind und der Privatwirtschaft nicht das Feld überlassen müssen, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Jetzt braucht es eine zweite Welle der politischen Reaktionen auf die Pandemie, die nicht nur auf die Erholung der Wirtschaft zielt, sondern vielmehr die global notwendigen systemischen Veränderungen in Gang setzt.

### Building back better?

In zahllosen Erklärungen haben die meisten Regierungen bekräftigt, dass eine Rückkehr zu business as usual nach der Krise keine Option sei. Stattdessen ist der **Aufruf der UNO „Building back better“** zu einem Leitmotiv der internationalen Reaktionen auf die COVID-19-Krise geworden. Aber führt „Building back“ wirklich zu dem dringend notwendigen strukturellen Wandel?

In der ersten Phase enthielten viele der COVID-19-Notfallprogramme soziale Komponenten, die (mehr oder weniger gezielt) darauf gerichtet waren, Unterstützung für bedürftige Familien zu leisten, Arbeitslosigkeit zu verhindern und kleine Betriebe finanziell am Leben zu erhalten. Doch abgesehen davon, dass selbst diese insgesamt riesigen Geldsummen den weltweiten Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut und Unternehmenskonkursen nicht verhindern konnten, droht die Wirkung der Ad-hoc-Maßnahmen schnell zu verfliegen, wenn die Unterstützung ausläuft. Die soziale Katastrophe kommt dann lediglich mit Verzögerung.

Darüber hinaus spielten ökologische Ziele in der ersten Phase der COVID-19-Reaktionen kaum eine Rolle. Die meisten wirtschaftlichen Hilfspakete waren ökologisch blind und ignorierten die strukturellen Ursachen und Interdependenzen von Gesundheits-, Wirtschafts- und Klimakrise.



Umso wichtiger ist es, dass jetzt, mit der zweiten Welle der politischen Reaktionen auf COVID-19, die längerfristigen Konjunkturpakete nicht allein auf die wirtschaftliche Erholung abzielen, sondern vielmehr die notwendigen systemischen Veränderungen fördern. Richtig konzipiert, böten solche Konjunkturprogramme die Chance, zu Motoren der sozial-ökologischen Transformation zu werden, wie sie in der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** proklamiert wird.

### Eine 8-Punkte-Agenda für den strukturellen Wandel

Als Antwort auf die COVID-19-Krise startete das **Weltwirtschaftsforum die Initiative eines „Great Reset“ des Kapitalismus**. Aber wenn man die Reset-Taste drückt, wird das Spiel einfach neu gestartet, ohne die Spielregeln – oder gar das Spiel selbst – zu ändern. Die Reset-Taste löscht den Speicher und startet das (alte) System neu, ein System, das die aktuellen Krisen eher verursacht als verhindert hat.

Unser Bericht **Spotlight on Sustainable Development 2020** schlägt als Alternative zum „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums eine 8-Punkte-Agenda für den strukturellen Wandel vor. Die acht Punkte stellen kein umfassendes Reformprogramm

dar. Vielmehr illustrieren sie kurz und bündig acht Themenbereiche, in denen nicht nur Politik- und Governance-Reformen, sondern auch Veränderungen in den zugrunde liegenden Narrativen überfällig sind:

#### 1. Fürsorge- und Pflegearbeit aufwerten

Die Corona-Pandemie hat drastisch gezeigt, wie wichtig die Fürsorge- und Pflegearbeit für die Gesellschaften ist. Aber bisher leiden Pflegekräfte meist unter schlechten Arbeitsbedingungen und sind häufig unterbezahlt. Zusätzlich übernehmen überwiegend Frauen die unbezahlte Fürsorge- und Pflegearbeit zu Hause und müssen dadurch massive Mehrfachbelastungen bewältigen. Die Pflegeberufe müssen daher gesellschaftlich aufgewertet, arbeitsrechtlich gestärkt und besser bezahlt werden. Außerdem muss die öffentliche Pflegeinfrastruktur ausgebaut und adäquat finanziert werden.

#### 2. Öffentliche Güter und Dienste stärken

Über Jahrzehnte wurden öffentliche Güter- und Dienstleistungen in vielen Ländern unterfinanziert, ausgelagert und privatisiert. Die Corona-Krise hat vor Augen geführt, wie wichtig sie für das Funktionieren von Gesellschaften sind. Das gilt nicht nur

### Eine 8-Punkte-Agenda für den strukturellen Wandel

	<b>Fürsorge- und Pflegearbeit aufwerten</b>		<b>Wirtschaftliche Macht und Ressourcen umverteilen</b>
	<b>Öffentliche Güter und Dienste stärken</b>		<b>Globale Finanzflüsse effektiv regulieren</b>
	<b>Wertschöpfungsketten neu austarieren</b>		<b>Solidarischen Multilateralismus fördern</b>
	<b>Klimagerechtigkeit durchsetzen</b>		<b>Entwicklung und Fortschritt neu messen</b>

für den Gesundheitssektor, sondern auch für Bereiche wie die Wasser- und Energieversorgung, den öffentlichen Transport und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums.

Steuerreformen und die Umschichtung öffentlicher Ausgaben müssen sicherstellen, dass diese Bereiche künftig besser finanziert werden. Privatisierungen und öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) haben sich häufig als teure Irrwege erwiesen. Die bemerkenswerte Welle der Re-Kommunalisierungen in mehr als 2.400 Städten in 58 Ländern zeigt, dass es machbar und populär ist, **Dienstleistungen wieder unter öffentliche Kontrolle zu bringen**.

### 3. Wertschöpfungsketten neu austarieren

Die Unterbrechung der weltweiten Güterströme infolge der Lockdown-Maßnahmen hat einmal mehr die Abhängigkeit vieler Volkswirtschaften von Rohstoffexporten und globalen Wertschöpfungsketten offenbart. Sie sind Ausdruck des vorherrschenden Modells globaler Arbeitsteilung, das die externen Effekte im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Ressourcen und der weltumspannenden Warenzirkulation außer Acht lässt.

Die gegenwärtige Krise bietet die Gelegenheit, diese einseitig auf Exportwachstum ausgerichteten Entwicklungsstrategien zu überdenken. Im Kern geht es darum, das Gravitationszentrum von der globalen Wirtschaft zu regionalen Wirtschaftskreisläufen zu verlagern. Drei Eckpfeiler der damit verbundenen Transformation sind der Ausbau nachhaltiger lokaler Nahrungsmittelsysteme, die verstärkte regionale (oder subregionale) Zusammenarbeit zur Erhöhung der Binnennachfrage und Reformen im internationalen Handels- und Investitionsregime, um den politischen Spielraum für solche Maßnahmen zu erweitern.

### 4. Klimagerechtigkeit durchsetzen

Die mediale Präsenz der Corona-Krise darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die anderen globalen Krisen nicht über Nacht verschwunden sind. Das gilt auch für die Auswirkungen des Klimawandels, die die Armen, insbesondere im globalen Süden, überproportional treffen.

Klimagerechtigkeit erfordert in diesem Zusammenhang, dass die Staaten ihre Verpflichtung aus der Klimarahmenkonvention anerkennen, das Klima entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten zu schützen. Insbesondere sollten die Länder des globalen Nordens den Abbau von Subventionen und die Verlagerung von Investitionen weg von der Exploration, Förderung und Produktion fossiler Brennstoffe vorantreiben. Sie sollten sich verpflichten, bis 2030 zu einer 100-prozentigen Nutzung sauberer und erneuerbarer Energien überzugehen. Schließlich sollten sie ihre öffentliche Klimafinanzierung bis Ende 2020 auf mindestens 100 Milliarden US-Dollar aufstocken und bis 2030 kontinuierlich erhöhen.

### 5. Wirtschaftliche Macht und Ressourcen umverteilen

Die Hilfs- und Konjunkturpakete, die von Regierungen und internationalen Institutionen geschnürt werden, können ein entscheidendes Mittel sein, um Einkommens- und Vermögensdisparitäten zu reduzieren. Ein wesentliches Instrument ist die Steuerpolitik, etwa in Form von Vermögenssteuern, Solidaritätssteuern oder einer Steuer auf übermäßige Gewinne („excess profits“), insbesondere von Unternehmen, die von der Corona-Krise profitierten.

Aber Umverteilung *im Nachhinein* reicht allein nicht aus, es muss auch um die Umverteilung von Macht und Ressourcen im Voraus gehen. Entscheidende „vorverteilende“ Politikbereiche sind in dieser Hinsicht die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik sowie die Finanz- und Unternehmensregulierung.

### 6. Globale Finanzflüsse effektiv regulieren

Die weltwirtschaftliche Rezession infolge der Corona-Krise wird die öffentlichen Haushalte massiv belasten. Staatseinnahmen brechen ein, die in vielen Ländern unbewältigten Probleme der Steuerflucht und Steuervermeidung werden verschärft. Zur Deckung der Ausgaben bleibt meist nur eine höhere öffentliche Kreditaufnahme, auf die Gefahr hin, dass es zu neuen Schuldenkrisen kommt.

Nun rächt sich, dass nach der letzten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 notwendige Re-

gulierungen und Reformen in der internationalen Finanzarchitektur versäumt wurden. Wesentliche Schritte wären die Einführung eines fairen und transparenten Staateninsolvenzverfahrens und die institutionelle Stärkung der globalen Steuerkooperation unter dem Dach der Vereinten Nationen.

## 7. Solidarischen Multilateralismus fördern

Zur Bewältigung der Corona-Krise werden immer wieder die globale Zusammenarbeit und die Stärkung des Multilateralismus beschworen. Häufig betreiben die Regierungen aber eher einen selektiven „Multilateralismus à la carte“.

Ein solidarischer Multilateralismus erfordert, Partei zu ergreifen gegen unilaterale Alleingänge und die Übermacht partikularer Wirtschaftsinteressen (auch wenn es die eigenen sind) und für eine Zusammenarbeit gleichberechtigter Staaten, bei der die Rechte der Menschen, um die es geht, im Mittelpunkt stehen. Dazu müssen diejenigen globalen Institutionen gestärkt werden, die die größte demokratische Legitimität besitzen.

Dies sind zuallererst die Vereinten Nationen. Aufwertung der Vereinten Nationen heißt aber auch, sie mit ausreichenden Finanzmitteln in Form verbindlicher Beitragsleistungen auszustatten, statt vom guten Willen freiwilliger Beitragszahler und dem finanziellen Druck einzelner Länder abhängig zu bleiben.

## 8. Entwicklung und Fortschritt neu messen

In der Agenda 2030 haben sich die Regierungen verpflichtet, Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen (SDG 17.19). Diese Entscheidung basierte auf der Einsicht, dass mit dem Wachstum des BIP weder automatisch in gleichem Maße das Wohlergehen der Bevölkerung wächst noch Armut reduziert wird. Im Gegenteil: In vielen Ländern ging wirtschaftliches Wachstum einher mit größerer sozialer Ungleichheit und dem Raubbau an der Natur. Über ökologische Tragfähigkeit und soziale Gerechtigkeit gibt das BIP keine Auskunft.

Bei der Umsetzung dieses SDGs hat es auf politischer Ebene aber bisher kaum Fortschritte gegeben. Die Hauptbotschaft des noch immer vorherrschenden Entwicklungsparadigmas lautet, dass die Länder reicher, nicht nachhaltiger werden müssen, um die Leiter hinaufzuklettern und „entwickelt“ zu werden. Dieses Narrativ muss durch alternative Wohlstandsmaße ein für alle Mal überwunden werden.

*Dieser Beitrag basiert auf der Zusammenfassung des [Spotlight Reports 2020](#), der vom Arab NGO Network for Development, dem Center for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), Global Policy Forum, Public Services International, Social Watch, Society for International Development und dem Third World Network – mit Unterstützung der Friedrich Ebert Stiftung – herausgegeben wird. Der Beitrag erschien zuerst auf der Website des Arbeit&Wirtschaft Blog.*



### Weitere Informationen:

Spotlight on Sustainable Development 2020

Shifting policies for systemic change – Lessons from the global COVID-19 crisis

Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs

Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevideo/New York/Penang/Rome/Suva, September 2020

[www.2030spotlight.org](http://www.2030spotlight.org)

## 2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

### Überblick

Auch unsere Arbeit zu Entwicklungsfinanzierung war im Jahr 2020 stark von der Coronakrise geprägt. Die Krise hatte einen erheblichen Einfluss auf alle Säulen der Entwicklungsfinanzierung: Steueraufkommen, Exporteinnahmen und Investitionen in Entwicklungsländern sind eingebrochen. Die Verschuldungsproblematik im globalen Süden nahm durch die weltweite Rezession und kreditfinanzierte Konjunkturprogramme zu. Auch die wenige internationale Unterstützung kam überwiegend in Form von Krediten. Die Agenda internationaler Organisationen, von IWF und Weltbank über G20 und OECD bis zu den Vereinten Nationen, wurde in 2020 maßgeblich von der Krise geprägt. Der UN-Generalsekretär hatte ab Mai 2020 einen UN-Sonderprozess zu „Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond“ gestartet.

GPF hat die Implikationen der Krise auf die Entwicklungsfinanzierung kontinuierlich beobachtet und analysiert. In mehreren Briefings Papers haben wir insbesondere den UN-Sonderprozess eng begleitet und der Öffentlichkeit damit zugänglicher gemacht. Der zuständige GPF-Experte war auch persönlich an zwei thematischen Diskussionsgruppen des UN-Prozesses beteiligt und hat dort zivilgesellschaftliche Positionen eingebracht.

Im Bereich Steuergerechtigkeit lag der Schwerpunkt 2020 in der engen Begleitung der Arbeit des UN-Expertenpanels zu Financial Accountability, Transparency und Integrity (FACTI), dies in enger Zusammenarbeit mit den Partnern vom Netzwerk Steuergerechtigkeit und der Global Alliance for Tax Justice.

### Unsere Projekte

GPF hat sich 2020 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinne befasst. Wir sind im Januar 2020 in eine neue Phase unserer langjährigen Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR gestartet. Das Projekt, das die Förderung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Financing for Development Agenda der UN zum Ziel hat, wurde nach Ausbruch der Coronakrise im Februar umgestaltet, um auch auf die neuen Entwicklungen angemessen reagieren zu können.

GPF wurde dadurch zu einer der profiliertesten Organisationen weltweit im Bereich Coronakrise und Entwicklungsfinanzierung, unsere Briefings wurden selbst auf Webseiten verschiedener UN-Organisationen gestellt. Unsere Pressearbeit zu den „Pandemic Bonds“ der Weltbank führte zu Erwähnungen in renommierten internationalen Medien wie Financial Times, New York Times, Reuters, Al Jazeera und BBC.

Das parallel laufende Projekt „Global Policy Watch“ erlaubte uns weitere UN-Prozesse zu begleiten, besonders den zum FACTI-Expertenpanel. Wir haben sowohl Inputs in den FACTI-Report gegeben, als auch den Interims- und den fertigen Report in Deutschland auf virtuellen Konferenzen bekannt gemacht.

Wir arbeiten in der Umsetzung eng mit deutschen und internationalen Partnern zusammen, insbesondere dem Netzwerk Steuergerechtigkeit, der Global Alliance for Tax Justice und der CSOs for Financing for Development Gruppe. Wir gehen davon aus, unsere Kapazitäten für den Bereich Entwicklungsfinanzierung 2021 weiter ausbauen zu können.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Bodo Ellmers** betreut.

## Entwicklungsfinanzierung – Der Einfluss von COVID-19

von Bodo Ellmers

Die COVID-19-Krise hat einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklungsfinanzierung ausgeübt. Zwar wurden in keinsten Weise die nötigen Mittel aufgebracht, um den globalen Süden gut durch die Krise zu bringen, doch hat es einen beachtlichen Schub an neuen Fonds und Instrumenten, Politikänderungen internationaler Institutionen und innovativen Ideen gegeben. Was folgt ist ein Überblick über die neue Landkarte der Entwicklungsfinanzierung zu einem Zeitpunkt, an dem der Höhepunkt der COVID-19-Krise überwunden zu sein scheint.

### Öffentliche Entwicklungsfinanzierung in der Coronakrise

Die öffentliche Entwicklungsfinanzierung (official development assistance, ODA) der OECD-DAC Mitglieder **stieg 2020** zwar um 7 Prozent auf 161 Milliarden US-Dollar leicht an, allerdings machte selbst OECD-Generalsekretär Ángel Gurría bei Veröffentlichung der Zahlen klar, dass von Großzügigkeit keine Rede sein könne, wenn seine reichen Mitglieder lediglich ein Prozent dessen als ODA aufbrächten, was sie im gleichen Zeitraum für Konjunkturpakete zuhause ausgegeben haben. Mit einer ODA-Quote von 0,32 Prozent haben die DAC-Geber auch im Krisenjahr 2020 das 0,7%-Ziel deutlich verfehlt.

Deutschland hat das 0,7%-Ziel dagegen 2020 tatsächlich erreicht, als **eines von nur fünf Ländern**. Dies war einerseits eine Wirkung des **Corona-Sofortprogramms** des BMZ, das kurz nach Ausbruch der Krise verabschiedet wurde und durch einen Nachtragshaushalt 1,55 Milliarden Euro zu-

sätzlich für krisenrelevante Maßnahmen zur Verfügung stellte. Bedeutender für den Anstieg war die massive Steigerung der bilateralen Kreditvergabe um 69 Prozent. Dies geschah allerdings zu einem Zeitpunkt, als die **Schuldentragfähigkeit** in vielen Partnerländern im kritischen Bereich lag, weshalb man zwar die Krise kurzfristig abgedeckt hat, aber in einer Weise, die langfristig Probleme bereiten wird.

Dass es trotz der Steigerungen in Deutschland und einigen Ländern zur Beinahe-Stagnation der weltweiten ODA kam, lag an massiven Kürzungen in Australien, Korea, Italien und – quantitative besonders relevant – im Vereinigten Königreich, das noch 2019 ein 0,7%-Geber gewesen war. Von den Kürzungen dort waren auch zahlreiche **UN-Institutionen betroffen**, denn das Vereinigte Königreich war zuvor **der zweitwichtigste Beitragszahler insgesamt**.

Als ähnlich problematisch könnte sich die Steigerung der Kreditvergabe seitens der multilateralen Geber erweisen. Bei den EU-Institutionen betrug sie beachtliche 136 Prozent. Auch die Reaktionen der Weltbank und anderer Entwicklungsbanken auf die Pandemie waren überwiegend kreditfinanziert. Bei der Weltbank hat das Frontloading der Kreditausschüttung aus der IDA-Fazilität auch dazu geführt, dass **eine frühere Wiederauffüllung nötig** werden wird, damit sie ihre Operationen auch 2022 fortführen kann. Der IWF dagegen hat am Anfang der Krise zwar kundgetan, dass er mit einer Kreditkapazität von einer Billionen US-Dollar für seine Mitglieder bereitsteht, doch diese haben davon trotz massiver Finanzpro-

bleme **nur knapp 100 Milliarden US-Dollar abgerufen**. Hier zeigt sich, dass Verschuldung beim IWF weiterhin mit einem Stigma belegt ist. Dies liegt vor allem an den harten Austeritätskonditionen, mit denen der IWF in die Souveränität der Schuldnerländer eingreift.

Die Krise hat auch zu Reflexionen über die Entwicklungshilfearchitektur geführt. Besonders hilfreich war hier die UN-Sonderinitiative **„Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond“**, die ab Mai 2020 vom UN-Generalsekretär und den Premierministern Jamaikas und Kanadas einberufen wurde. Sie tagte über das Jahr hinweg in mehreren High-Level Events, im Mai 2020 auch unter Teilnahme von Bundeskanzlerin Merkel. Ihre sechs thematischen Arbeitsgruppen legten im September ein **Menu of Options mit mehr als 200 Politikempfehlungen** vor.

Einige davon werden sicher in der Debatte bleiben, und möglicherweise eines Tages die Architektur erweitern. So haben sich zum Beispiel lateinamerikanische Länder für einen Fund to Alleviate COVID-19 Economics (FACE) eingesetzt, der ähnlich wie IDA konzessionäre Kredite in großem Umfang vergibt, allerdings ohne die unbeliebten und oft unpassenden politischen Konditionen von Weltbank und IWF. In der Karibik wird ein neuer Resilience Fund diskutiert, der sich unter anderem durch Einnahmen aus Schuldenswaps speisen soll. Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) hat die Idee einer Liquidity and Sustainability Facility (LSF) eingebracht, die als Repo-Fazilität die enorm hohen Kreditkosten senken sollen. Derzeit zahlen afrikanische Länder Zinsen von teils über 10 Prozent auf Dollarkredite, während Regierungen wie die deutsche ihre Budgetdefizite zu Negativzinsen finanzieren können.

### **Schuldenerlasse: Rückkehr der Mehrländerinitiativen**

Schuldenerlassinitiativen waren das große Thema um das Jahr 2000, doch seit den beiden Initiativen für die Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) und der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) 2005 war es um sie still geworden. Hohe Rohstoffpreise und später ausreichende Liquidität auf globalen Finanzmärkten haben es den meisten Län-

dern im globalen Süden ermöglicht, auch steigende Schuldenstände problemlos zu finanzieren. Das änderte sich mit Ausbruch der Coronakrise im Frühjahr 2020: Entwicklungsländern waren plötzlich der **größten und schnellsten Kapitalflucht** ausgesetzt, die je gemessen wurde. Knapp 100 Milliarden US Dollar wurden von ihren privaten Eignern in nur einem Monat in vermeintlich sichere Häfen verlagert. Infolge wurde eine systemische Schuldenkrise befürchtet.

Die Reaktion kam überwiegend von Seiten der G20. Im April 2020 einigten sie sich auf **die Debt Service Suspension Initiative (DSSI)**. Wie der Name sagt, wurde begünstigten Ländern eine zeitlich befristete Stundung – kein Erlass – ihrer Kredite bei bilateralen Gläubigern angeboten. Begünstigte waren jedoch nur Länder niedrigen Einkommens (LICs). Von Seiten des Westens wurde die DSSI überwiegend deshalb als Erfolg angepriesen, weil es erstmals gelang, China in ein gemeinsames Handeln einzubinden. Zuvor hatten sich lediglich die Gläubiger des politischen Westens über den Pariser Klub miteinander abgestimmt. Die DSSI war die erste Mehrländerschuldeninitiative seit der MDRI, und insofern beachtenswert. Quantitativ war sie nahezu irrelevant, bis Ende 2020 wurden Kredite von weniger als 6 Milliarden US-Dollar gestundet. Was mit der DSSI nicht gelang, war die Einbindung der multilateralen und der privaten Gläubiger, die somit als Trittbrettfahrer von der Stundung der bilateralen profitierten.

Als Konsequenz daraus verabschiedeten die G20 im November 2020 die zweite Initiative, das **Common Framework** for Debt Treatments beyond the DSSI. Ziel des Common Frameworks ist, die Kooperation der bilateralen Gläubiger zu verstetigen, aber auch private Gläubiger mit einzubinden. Diese dazu zu bewegen, wird allerdings den politisch schwachen und wirtschaftlich angeschlagenen Schuldnerländern selbst aufgetragen. Sie sollen die „Gleichbehandlung“ (comparability of treatment) anderer Gruppen mit den bilateralen Gläubigern sicherstellen. Da das nicht einfach ist, haben bis Juni 2021 erst drei Länder (Äthiopien, Sambia und Tschad) eine Behandlung unter dem Common Framework beantragt, und in keinem Fall war ein Abschluss in Sicht.

Multilaterale Gläubiger beteiligen sich auch unter dem Common Framework nicht. Die Weltbank hat stattdessen zugesagt, positive Nettoflüsse an ihre Schuldnerländer zu garantieren, also mehr zu verleihen als diese zurückzahlen. 2020 hat das geklappt, weil Gelder aus der IDA-Fazilität vorzeitig ausgeschüttet wurden. Der Internationale Währungsfonds hat in der Coronakrise seinen Catastrophe Containment and Relief Trust (CCRT) reaktiviert, womit Ratenzahlungen auf IWF-Kredite erlassen werden können. Ursprünglich dazu gedacht, bei Naturkatastrophen Entlastung zu schaffen, hat die CCRT bis Mai 2021 insgesamt 26 Ländern den Betrag von 727 Millionen US-Dollar erlassen.

### Sonderziehungsrechte: The new kid on the block

Die wahrscheinlich bedeutendste Innovation 2020 war die Diskussion über die Sonderziehungsrechte des IWF. In reichen Ländern mit Hartwährungen wurde ein beachtlicher Teil der Krisenreaktion von Zentralbanken möglich gemacht. Ihre gewaltigen Anleihekaufprogramme in Kombination mit der Setzung niedriger Leitzinsen erlaubte es den Regierungen im globalen Norden, inklusive der deutschen, im Jahr 2020 Budgetdefizite von in Friedenszeiten bislang beispielloser Höhe zu fahren und über quasi Nullzinskredite zu finanzieren. Damit kam die Frage auf den Tisch, welche Rolle Zentralbankgeld langfristig in der Staats- sowie der Entwicklungsfinanzierung spielen kann.

Naheliegender war, dass der IWF – die internationale Institution, die einer Weltzentralbank am nächsten kommt – neue Liquidität auch für Entwicklungsländer über eine Allokation zusätz-

licher Sonderziehungsrechte (SZR) schafft. SZR sind das IWF reserve asset, und kommen als solches einer Weltwährung am Nächsten. **Präzedenz dafür war gegeben**, da es bereits in der globalen Finanzkrise 2009 eine Sonderallokation gegeben hat. **UNCTAD hatte bereits im März 2020 eine Allokation** im Wert von einer Billionen US-Dollar gefordert. **NGO-Kampagnen**, die auch vom Global Policy Forum mitgetragen werden, fordern eine Allokation in Höhe von drei Billionen US-Dollar, was gewaltig klingt, aber nur im fairen Verhältnis zum Bedarf und zum Einsatz der amerikanischen Federal Reserve Bank und der Europäischen Zentralbank steht.

Ein Problem bei SZR ist der Verteilungsschlüssel, da laut IWF-Statuten neue SZR je nach Quote an die Mitgliedsstaaten verteilt werden. Da der IWF zu den so genannten „one dollar – one vote“-Institutionen gehört, haben reichere Länder höhere Quoten als arme. Der Großteil der neuen SZR geht daher zunächst an jene Länder, die sie am wenigsten brauchen. Daher ist zeitgleich auch die Debatte um Möglichkeiten der SZR-Umverteilung angebrochen.

Im April 2021 kam es bei der Frühjahrstagung des IWF tatsächlich zur politischen Vorentscheidung über eine SZR-Allokation in Höhe von 650 Milliarden US-Dollar. Das entspricht in der Höhe immerhin dem vierfachen ODA-Volumen aller DAC-Geber. Die Frage, wie diese SZR eingesetzt werden und ob und durch welche Kanäle es zur Umverteilung des Anteils der reichen Länder kommt, verspricht das große Thema der Entwicklungsfinanzierung 2021 zu werden.

## 3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

### Überblick

Ein Arbeitsschwerpunkt von GPF im Jahr 2020 lag in dem Themenbereich Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte. Dies geschah insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR und mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Fokus

unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten hierzu an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.

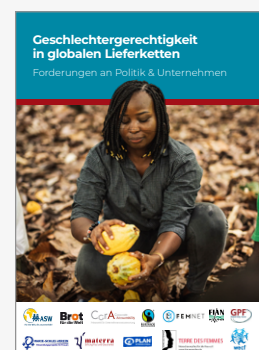
### Unsere Projekte

GPF hat sich 2020 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und mit deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des **Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** veranstaltete GPF gemeinsam mit medico international, ECCHR, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, IndustriAll und der IG-Metall ein Side Event am Rande der 6. Verhandlungsrunde über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf. Gemeinsam mit Gewerkschaftsvertreter\*innen diskutierten wir das Potential dieses sogenannten UN-Treaty zur Stärkung von Arbeitsrechten weltweit. Um den Prozess hin zu einem UN-Treaty zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland erstellte und veröffentlichte GPF eine Kommentierung des zweiten überarbeiteten Vertragsentwurfs („Second Revised Draft“). In einem weiteren Briefing analysierte GPF die Ergebnisse der 6. Verhandlungsrunde.

Ein weiteres Ergebnis der Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung war die Erstellung und Veröffentlichung eines Positionspapiers zu *Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten*. In dem Positionspapier, das gemeinsam mit elf weiteren deutschen Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen herausgegeben wurde, fordern wir von der Politik und Wirtschaft, die besondere Betroffenheit von Frauen und Mädchen in globalen Lieferketten stärker zu berücksichtigen. Das Positionspapier wurde u.a. in einem Hintergrundgespräch mit Mitgliedern des Bundestags und im Rahmen mehrerer Vorträge durch GPF vorgestellt.

Im Rahmen unseres **Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR** beobachtete GPF





die Einflussnahme von privaten Akteuren auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise im Rahmen des Geneva Global Health Hub (G2H2). Wir beteiligten uns an der Organisation und Durchführung eines zivilgesellschaftlichen Treffens, um über Strategien zur Begrenzung des Einflusses privatwirtschaftlicher Akteure zu diskutieren, darunter einem Workshop zu Fragen der Beteiligung nicht-staatlicher Akteure bei der Weltgesundheitsorganisation im Rahmen des G2H2-Treffens in Genf.

Darüber hinaus veranstalteten wir ein juristisches Fachgespräch mit den Kooperationspartnern und dem BUND um zu diskutieren, wie ein UN-Treaty zu weltweit ökologisch und sozial nachhaltigen Lieferketten beitragen kann.

Ein weiteres Produkt der Kooperation waren die beiden Kurzpapiere „Verwässern, verzögern, verhindern: Wirtschaftslobby gegen Menschenrechte“ und „Wirtschaftslobby – Mit Falschmeldungen gegen das Lieferkettengesetz.“ In ihnen zeigen wir, wie deutsche Wirtschaftsverbände versuchten, das Lieferkettengesetz zu verhindern oder zumindest zu verwässern.

Schließlich verfolgten wir kritisch die Diskussionen über den sog. One Health Ansatz, der mittlerweile verstärkt von Akteuren in Deutschland und international zur Prävention zukünftiger Pandemien herangezogen wird.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Karolin Seitz** betreut.

## Wege aus der globalen Gesundheitskrise

### Mit dem One Health Ansatz für gesunde Menschen, gesunde Tiere und eine gesunde Umwelt weltweit<sup>1</sup>

von Karolin Seitz

Die COVID-19-Pandemie hat uns die enge Verbindung zwischen Mensch, Tier und Umwelt deutlich vor Augen geführt. Sie hat bestehende Herausforderungen in der globalen Gesundheit besonders sichtbar werden lassen und verschärft. Die Zerstörung von Naturräumen und Verdrängung von Arten, der Wildtierhandel, ressourcenintensive Lebensweisen und -verhältnisse, nicht-nachhaltige Ernährungssysteme und insbesondere die industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung sind Ursachen für die Entstehung von Zoonosen, aber auch von zahlreichen anderen, übertragbaren und nicht-übertragbaren, chronischen Krankheiten.

Der One Health Ansatz nimmt genau dieses Zusammenspiel der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt in den Blick. Der Ansatz betont den Mehrwert einer trans-, multi- und interdisziplinären Zusammenarbeit zu den genannten Themenbereichen. Ein multi-dimensionaler One Health Ansatz hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen und wird nun von verschiedenen Akteuren als Ansatz zur Prävention und Reaktion auf zukünftige Pandemien gesehen. Frankreich und Deutschland haben einen hochrangigen Expert\*innenrat zu One Health in die Wege geleitet. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat One

<sup>1</sup> Dieser Text ist eine Zusammenfassung des gleichlautenden [Briefing Papers](#), veröffentlicht im Mai 2021.

Health als neues Initiativthema verkündet und eine entsprechende Strategie dazu erarbeitet. Und auch die neue globale Gesundheitsstrategie der Bundesregierung macht One Health zu einem Schwerpunktthema.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat das Thema Globale Gesundheit deutlich an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewonnen, der Diskurs um die Überwindung der COVID-19-Krise wird allerdings oft auf Pandemieprävention und -bekämpfung eingeengt. Die politischen Initiativen beschränken sich weitgehend auf das Krisenmanagement. Das ist auch der Fall bei der BMZ-Strategie One Health in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Strategie der Bundesregierung zur Globalen Gesundheit. Statt Gesundheit holistisch aufzufassen und sich auf die Erfüllung des Menschenrechts auf Gesundheit zu konzentrieren, werden zunehmend die Vermeidung zukünftiger Pandemien in den Fokus gerückt und die Symptome statt der Ursachen behandelt. Ein ganzheitlicher ausgerichteter Ansatz liegt zwar den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) zugrunde, wird aber durch die Corona-Pandemie in den Hintergrund gerückt.

Die Verengung des Themas „globale Gesundheit“ auf einzelne Aspekte und Ansätze war auch vor der Corona-Pandemie deutlich sichtbar und wird verstärkt durch die Interessen einiger einflussreicher Akteure, darunter aus der chemischen und phar-

mazeutischen Industrie. So sind es oft begrenzte und kurzfristige, meist technische Lösungsansätze, die im Sinne einer „Versicherheitlichung“ (Betrachtung von Gesundheitsthemen aus außen- und sicherheitspolitischer Sicht), der „Vertikalisierung“ (Fokussierung auf die Bekämpfung eines spezifischen Gesundheitsproblems, meist einer Krankheit)<sup>2</sup> oder der „Medikalisierung“ (Betrachtung von Gesundheitsproblemen als rein medizinisches Problem) von Gesundheit vorangetrieben werden. Dies gilt für die gegenwärtige Krise, aber auch für andere globale Gesundheits Herausforderungen.

Eine holistische Umsetzung des One Health Ansatzes muss über Maßnahmen der vorwiegend medizinisch-technischen Verhinderung der Übertragung und Eindämmung von Zoonosen wie auch von Antibiotikaresistenzen hinausgehen und insbesondere die strukturellen Ursachen globaler Gesundheitsprobleme in den Blick nehmen und Lösungsstrategien entwickeln. Dafür müssen vor allem nachhaltigkeits- und gerechtigkeitsbasierte Ansätze – wie zum Beispiel im Bereich Landwirtschaft die Agrarökologie – unterstützt werden, die negative Folgewirkungen auf Umwelt, Klima und die Gesundheit von Mensch und Tier verhindern. Öffentliche Dienstleistungen für die Gesundung und Gesunderhaltung von Menschen, Tieren und Umwelt müssen gestärkt werden, und schließlich muss politisch kohärent und rechenschaftspflichtig gegenüber der Bevölkerung gehandelt werden.

<sup>2</sup> Im Gegensatz zu einem horizontalen Ansatz, der versucht, die übergreifenden Gesundheitsprobleme umfassend und langfristig durch die Stärkung der Gesundheitssysteme und die Bereitstellung allgemeiner Gesundheitsdienste anzugehen.

## 4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

### Überblick

Ab Juni 2020 wurde neben den drei bisherigen Arbeitsschwerpunkten von GPF Europe die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als programmübergreifender vierter Schwerpunkt etabliert. Seitdem wurden zusätzlich zu bereits bestehenden Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit neue Formate umgesetzt

bzw. vorhandene Instrumente überarbeitet oder neu aufgesetzt. Das größte Projekt, der Relaunch der GPF-Website ([www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)), konnte u.a. durch eine finanzielle Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW bis Anfang 2021 verwirklicht werden.

### Aktivitäten im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2020

- » **Relaunch der GPF-Website** sowie enge Verknüpfung mit weiteren durch GPF verwaltete Webpräsenzen, um den unterschiedlichen Zielgruppen gerecht zu werden und die User\*innenfreundlichkeit zu steigern.
- » Unterstützung bei der Umsetzung von neuen **Publikationen** und **Begleitung durch Diseminierungsstrategie, Social-Media-Outreach-Strategie** in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, z. B. beim Launching des *Spotlight Reports 2020*.
- » Intensivierung der Kommunikation über **Social Media** (Twitter u. a.).
- » Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie **Umstellung von Veranstaltungsformaten** in digitale Räume.
- » **Proaktive Pressearbeit** basierend auf einer Kommunikationsstrategie; Aufbau eines neuen Presseverteilers.

Dieser Arbeitsbereich wurde seit Juni 2020 von **Tobias Gerhartsreiter** (Öffentlichkeitsarbeit und soziale Medien) und **Monika Hoegen** (Presse und strategische Kommunikation) betreut.

### Relaunch der GPF-Website

Die Website des Global Policy Forums wurde zuletzt vor über zehn Jahren erneuert und technisch aktualisiert. Da sich seitdem sowohl Technik und Internetgeschwindigkeit als auch Endgeräte und das Nutzer\*innenverhalten erheblich weiterentwickelt und verändert haben, stieß die Seite regelmäßig an ihre Grenzen.

Einer starken Frequentierung der Seite und steigendem Interesse, nicht zuletzt an deutschsprachigen

Inhalten und Veröffentlichungen auf der Website, standen überholtes Design, ein veraltetes Content Management System sowie fehlende Zweisprachigkeit, mobile Nutzbarkeit und Vernetzungsmöglichkeiten gegenüber.

Um dieser Diskrepanz entsprechend begegnen zu können und sicherzustellen, dass künftig eine zeitgemäße digitale Kommunikation, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sowie bessere Nutzer\*innen-

freundlichkeit gewährleistet werden kann, wurde beschlossen, die GPF-Website komplett neu aufzusetzen und sie enger mit weiteren Webauftritten von GPF zu verzahnen, insbesondere der deutschsprachigen Seite <https://www.2030agenda.de/de> (vgl. Teil IV, 4.).

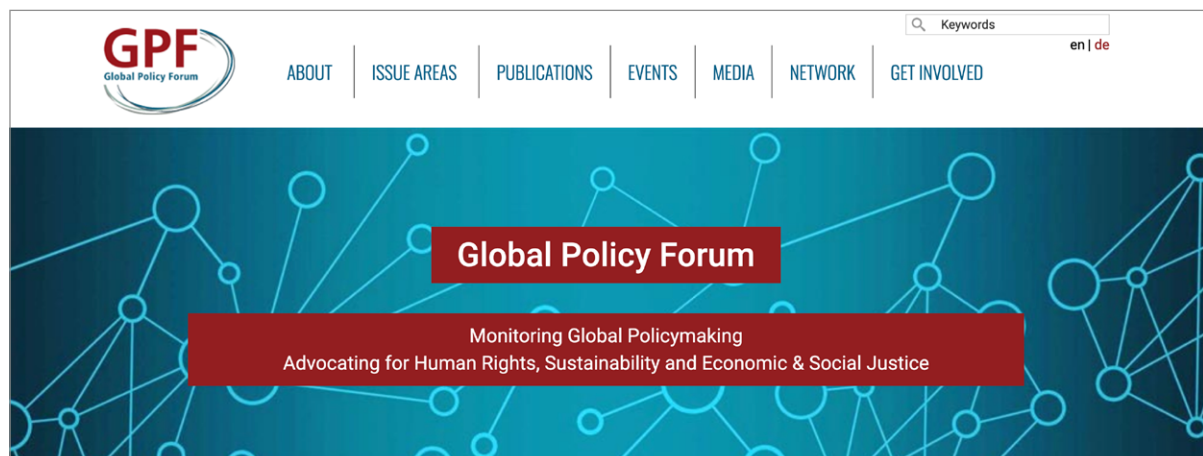
Ergebnis ist eine „generalüberholte“ schnellere und schlankere Website, die an das veränderte Nut-

zer\*innenverhalten angepasst ist und auf der die User\*innen mit wenig Aufwand zum gewünschten Inhalt in englischer oder deutscher Sprache gelangen. Der neue Internetauftritt von GPF Europe ist somit als One-Stop-Lösung konzipiert, sodass man über die Landing-Page Zugang zu allen relevanten Informationen, Netzwerken und Medien sowie Kommunikationskanälen bekommt.

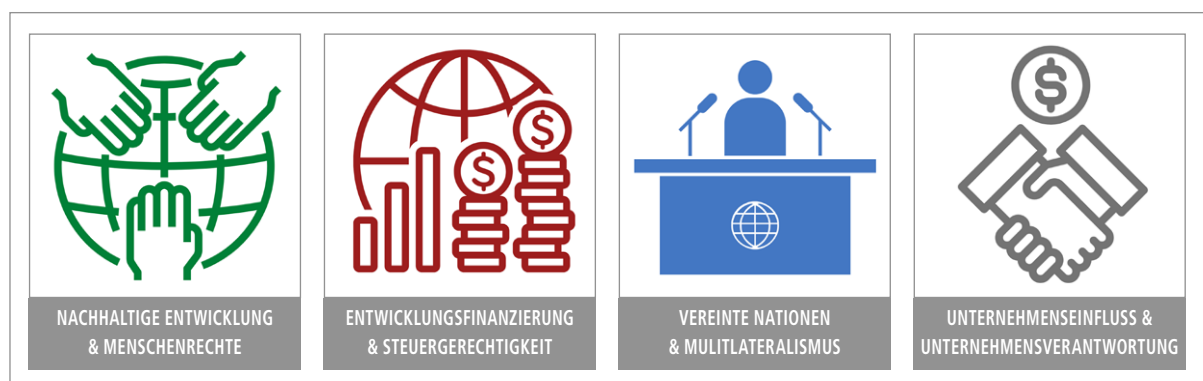
## Pressearbeit

Neben der Neugestaltung der Internetpräsenz des Global Policy Forums sowie dem verstärkten Fokus auf Öffentlichkeitsarbeit im digitalen Raum wurde in der zweiten Jahreshälfte auch die Presse- und Medienarbeit ausgebaut. Konkret wurden der GPF-Presseverteiler erweitert und eine Kommunikationsstrategie für die öffentlichkeitswirk-

same Begleitung von GPF-Publikationen entwickelt. Das GPF-Handbuch zur 5-Jahres-Zwischenbilanz der SDGs und die Publikation des Spotlight Reports 2020 boten Anlässe, um die Kontakte zu Journalist\*innen auszubauen und die Zahl von Interviews und Zitierungen in der Presse zu steigern.



Landing-Page der neuen GPF-Website



Die GPF-Schwerpunktthemen auf der neuen Website

## III. Finanzbericht 2020

Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe verlief im Jahr 2020 erfreulich. Das Jahr konnte mit einem Überschuss in Höhe von 19.982,32 Euro und einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. Tabelle). Der Umsatz stieg nach dem vorübergehenden Rückgang im Vorjahr erheblich und lag 2020 bei 358.171,04 Euro (s. [Grafik](#)).

Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete sowie die Kosten für Veröffentlichungen. Reise- und Veranstaltungskosten fielen dagegen infolge der Corona-Pandemie in wesentlich geringerem Umfang an als in den Vorjahren.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren im Jahr 2020 MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Engagement Global gGmbH, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie unterstützen unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen.

Weiterhin erhielt GPF Europe auch 2020 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützt unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (Treaty-Prozess).

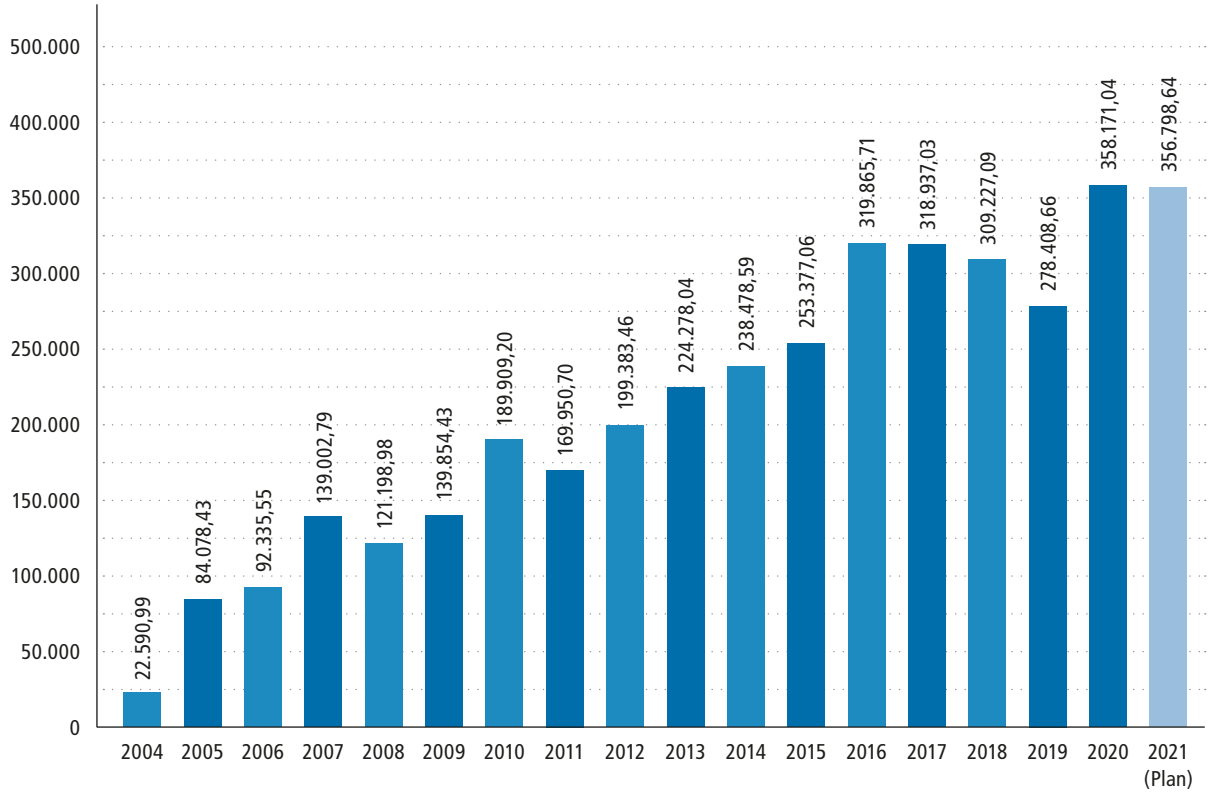
Zusätzlich erhielten wir Mittel aus dem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Social Watch zum Thema Monitoring, Advocacy und Networking im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der UN (Global Policy Watch, [www.globalpolicywatch.org](http://www.globalpolicywatch.org)). Das Instituto del Tercer Mundo erhielt als formaler Träger von Social Watch für dieses Projekt einen Zuschuss des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Weiterhin besteht die Hauptaufgabe darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit auf eine langfristig stabile Finanzgrundlage zu stellen.

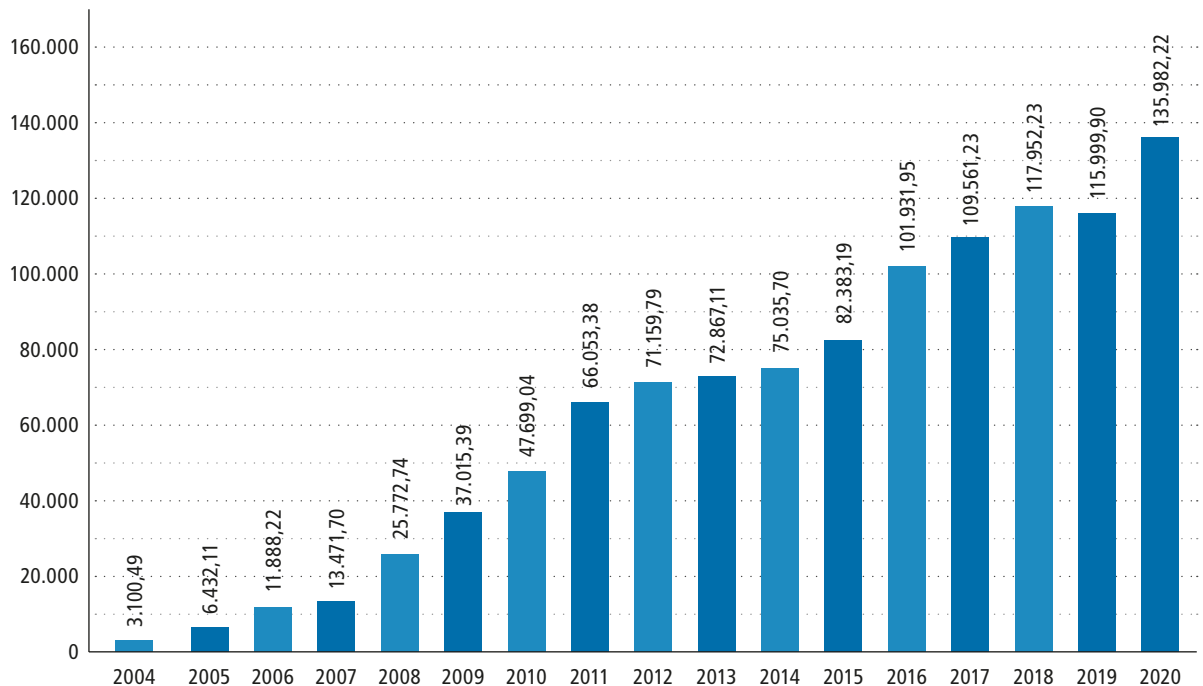
Da eine Reihe mehrjähriger Projekte und Kooperationsvorhaben Ende 2021 oder im ersten Halbjahr 2022 enden, besteht eine wesentliche Herausforderung im Jahr 2021 in der Beantragung neuer Fördermittel beziehungsweise der Erneuerung bestehender Kooperationsvorhaben.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, ist der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie konnten 2020 auf 135.982,22 Euro erhöht werden (s. [Grafik](#)). Mit Hilfe der Rücklagen können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

## Umsatz GPF Europe 2004 bis 2021 in Euro



## Rücklagen GPF Europe 2004 bis 2019 in Euro



**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020**

alle Beträge in Euro

<b>Bilanz</b>	<b>2020</b>	<b>2019</b>
<b>Aktiva</b>		
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>773,00</b>	<b>1.251,00</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>150.308,40</b>	<b>117.553,69</b>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.454,15	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	116.854,25	
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe</b>	<b>151.081,40</b>	<b>118.804,69</b>
<b>Passiva</b>		
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>135.982,22</b>	<b>115.999,90</b>
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	135.982,22	
2. Bilanzgewinn	0,00	
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>3.500,00</b>	<b>973,58</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>11.599,18</b>	<b>1.831,21</b>
1. Erhaltene Anzahlungen	8.214,85	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	690,20	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.694,13	
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe</b>	<b>151.081,40</b>	<b>118.804,69</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>2020</b>	<b>2019</b>
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>358.171,04</b>	<b>278.408,66</b>
a. Engagement Global gGmbH	122.259,24	61.009,67
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	44.000,00	49.100,00
c. Brot für die Welt	47.726,00	29.750,00
d. MISEREOR	47.726,00	29.750,00
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	41.566,25	40.171,76
f. Instituto del Tercer Mundo	28.980,00	35.537,82
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	25.830,00	28.632,26
h. Publikationserlöse	28,55	1.190,15
i. Mitgliedsbeiträge	3.050,00	3.140,00
j. Spendeneinnahmen	5,00	127,00
k. Rückstellung für evtl. Zuschussrückzahlung	-3.000,00	0,00
<b>2. Honorare an Dritte</b>	<b>5.670,38</b>	<b>10.049,58</b>
<b>3. Personalaufwand</b>	<b>283.864,66</b>	<b>217.012,69</b>
<b>4. Abschreibungen (inkl. Forderungsverluste)</b>	<b>657,37</b>	<b>1.039,80</b>
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>48.494,52</b>	<b>52.788,21</b>
a. Raumkosten	10.163,25	
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	600,00	
c. Buchführungskosten	4.208,74	
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	4.513,50	
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	29.009,03	
<b>6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>3,71</b>	<b>0,00</b>
<b>7. Zinsen und sonstige Erträge (inkl. Erträge a. d. Währungsumrechnung)</b>	<b>0,12</b>	<b>0,12</b>
<b>8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>0,04</b>	<b>0,00</b>
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>19.982,32</b>	<b>-1.952,33</b>
<b>10. Außerordentliche Erträge</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>11. Jahresfehlbetrag (Jahresüberschuss)</b>	<b>19.982,32</b>	<b>-1.952,33</b>
<b>12. Einstellungen in die satzungsmäßigen Rücklagen</b> (Entnahme aus den satzungsmäßigen Rücklagen)	<b>19.982,32</b>	<b>-1.952,33</b>
<b>13. Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

# IV. Daten und Fakten

## 1. Vorstand und Mitarbeiter\*innen 2020

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2020: 49) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, vier Programmleiter\*innen sowie einer Reihe freier Mitarbeiter\*innen, Praktikant\*innen und Berater\*innen.

### Vorstand GPF Europe



**Dr. Tanja Brühl**  
Vorstandsvorsitzende  
Professorin, Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt



**Dr. Michèle Roth**  
Schatzmeisterin  
Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn



**Dr. Silke Weinlich**  
Vorstandsmitglied  
wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn



**Verena Winkler**  
Vorstandsmitglied  
Programmdirektorin der FREDA Akademie, Wien



**Jens Martens**  
Geschäftsführender Vorstand

### Mitarbeiter\*innen GPF Europe



**Bodo Ellmers**  
Programmleiter  
Finanzierung für nachhaltige Entwicklung (Berlin/Brüssel)



**Karolin Seitz**  
Programmleiterin  
Wirtschaft und Menschenrechte (Köln/Bonn)



**Tobias Gerhartsreiter (ab 06/2020)**  
Koordinator  
Öffentlichkeitsarbeit und soziale Medien (Bonn)



**Monika Hoegen (ab 06/2020)**  
Koordinatorin  
Medienarbeit und strategische Kommunikation (Köln/Brüssel)

### Vorstand GPF New York



**Barbara Adams**  
Vorstandsvorsitzende



**Marina Lent**  
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende



**Marina Durano**  
Schatzmeisterin



**Jens Martens**  
Schriftführer

### Mitarbeiter\*innen GPF New York



**Elena Marmo**  
Programme Officer  
(New York)



**Sarah Dayringer**  
Programme Team Member  
(New York)

### Praktikant\*innen GPF Europe

Luca Scheunpflug, Vera Pokorny, Lukas Harth

### Berater

**David Weaver** Politikberater (New York)

**Dr. Henning Melber** Politikberater (Uppsala)

**Dr. Klaus Hüfner**  
Politikberater für UN-Finanzierung (Berlin)



## 2. Veröffentlichungen

### Ellmers, Bodo (2020):

COVID-19. Weltwirtschaftlicher Auswirkungen und internationale Reaktionen  
<https://www.vidc.org/detail/covid-19-weltwirtschaftliche-auswirkungen-und-internationale-reaktion>

### Ellmers, Bodo (2020):

Die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in Zeiten von COVID-19 und danach.  
 Bonn: Global Policy Forum.  
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-finanzierung-nachhaltiger-entwicklung-zeiten-von-covid-19-und-danach>

### Ellmers, Bodo (2020):

Die Gefahr einer neuen Schulden- und Finanzkrise. Nachhaltige Entwicklung unter Druck, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 1/2020.  
<https://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/Produkte/die-gefahr-einer-neuen-schulden-und-finanzkrise/DE20200122-Art.02-2020>

### Ellmers, Bodo (2020):

EU Green Deal auf tönernen Füßen. Die Malaise der europäischen Klimafinanzien, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 1/2020.  
<https://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/Produkte/eu-green-deal-auf-toenernen-fuessen/DE20200129-Art.03-2020>

### Ellmers, Bodo (2020):

Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond. A snapshot of the ongoing work at the United Nations in times of crisis. Bonn: Global Policy Forum.  
<https://www.globalpolicy.org/en/publication/financing-development-era-covid-19-and-beyond>

### Ellmers, Bodo (2020):

Financing Sustainable Development in the Era of COVID-19 and Beyond – An analysis and assessment of innovative policy options.  
 Bonn: Global Policy Forum.  
<https://www.globalpolicy.org/en/publication/financing-sustainable-development-era-covid-19-and-beyond-analysis-and-assessment>

### Ellmers, Bodo (2020):

Krisenmanagement weltweit koordinieren – Deutschland muss den UN helfen, eine multilaterale Antwort auf die Corona-Krise zu finden, in: Frankfurter Rundschau vom 28.9.2020.  
<https://www.fr.de/meinung/krisenmanagement-weltweit-koordinieren-90055475.html>

### Ellmers, Bodo (2020):

Steuergerechtigkeit, Coronakrise und der globale Süden. Positionen Steuergerechtigkeit. Berlin: Netzwerk Steuergerechtigkeit.  
<https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2020/06/Steuergerechtigkeit-Corona-und-der-globale-S%C3%BCden.pdf>

### Ellmers Bodo (2020):

Vor der Pleite. Die jüngst vereinbarten Schuldenerlasse greifen zu kurz, in: IPG 17.4.2020.  
<https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/vor-der-pleite-4272/>

### Ellmers, Bodo (2020):

„Arme Länder brauchen mehr Gelder für öffentliche Gesundheit“, Interview in epd vom 30.9.2020.  
<https://www.evangelisch.de/inhalte/176401/30-09-2020/experte-arme-laender-benoetigen-mehr-gelder-fuer-oeffentliche-gesundheit>

**Ellmers, Bodo (2020):**

„Auch Schuldenerlasse sind jetzt denkbar“.  
Interview in Welt-Sichten vom 5.10.2020.  
<https://www.welt-sichten.org/artikel/38213/schuldenerlasse-sind-jetzt-denkbar>

**Ellmers, Bodo/Martens, Jens (2020):**

Corona und die SDGs. Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing\\_0520\\_Corona3.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_0520_Corona3.pdf)

**Ellmers, Bodo/Martens, Jens (2020):**

Die globale Coronakrise. Weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktionen. Eine Momentaufnahme. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_Corona\\_Weltwirtschaft.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_Corona_Weltwirtschaft.pdf)

**Ellmers, Bodo/Martens, Jens (2020):**

Die globale Coronakrise. Weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktionen. Ein Update. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_Corona\\_Weltwirtschaft-Update.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_Corona_Weltwirtschaft-Update.pdf)

**Ellmers, Bodo/ Martens, Jens (2020):**

Internationale Reaktionen auf die Coronakrise; in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 1/2020.  
<https://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/archiv/we-archiv-2020/Produkte/w-e-01-02-2020/DE20200508-WE-01-02-2020>

**Hartmann, Katrin (2020):**

Das UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte Wie kommen wir weltweit zu ökologisch und sozial nachhaltigen Lieferketten? Bonn/Berlin: BUND/GPF.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Bericht\\_Fachgesprch\\_UN-Treaty\\_und\\_Umweltaspekte-10-2020.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Bericht_Fachgesprch_UN-Treaty_und_Umweltaspekte-10-2020.pdf)

**Martens, Jens (2020):**

8 Punkte für eine globale Agenda strukturellen Wandels in der COVID-19-Pandemie. In: A&W Blog.  
<https://awblog.at/wp-content/uploads/2020/10/awblog-20102-struktureller-wandel-1024x693.png>

**Martens, Jens (2020):**

Die SDGs im Schatten drohender Finanzkrisen. Bonn: Global Policy Forum.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/SDGs\\_und\\_Finanzkrisen\\_online.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/SDGs_und_Finanzkrisen_online.pdf)

**Martens, Jens (2020):**

Eckpunkte eines menschenrechtsbasierten globalen Green New Deal. Antwort auf Finanzkrisen und Austeritätspolitik. Bonn.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing\\_0120\\_Eckpunkte\\_Green\\_New\\_Deal.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0120_Eckpunkte_Green_New_Deal.pdf)

**Martens, Jens (2020):**

Eine gescheiterte Agenda? Von der „Transformation der Welt“ ist die Agenda 2030 nach fünf Jahren noch weit entfernt. In: Südlink 193.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Suedlink\\_193\\_Jens%20Martens.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Suedlink_193_Jens%20Martens.pdf)

**Martens, Jens (2020):**

Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie im Schatten von Corona. Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2020. Bonn: GPF.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing\\_0820\\_HLPF-2.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_0820_HLPF-2.pdf)

**Martens, Jens (2020):**

Pushing the Reset Button will not Change the Game. In: IPS News.  
<https://www.ipsnews.net/2020/09/pushing-reset-button-will-not-change-game/>

**Martens, Jens/Ellmers, Bodo (2020):**

Agenda 2030: Wo steht die Welt? 5 Jahre SDGs – eine Zwischenbilanz. Bonn: Global Policy Forum Europe.  
<https://www.2030agenda.de/de/zwischenbilanz>

**Paasch, Armin/Seitz, Karolin (2020):**

Verwässern – Verzögern – Verhindern: Wirtschaftslobby gegen Menschenrechte und Umweltstandards. Berlin: Initiative Lieferkettengesetz.  
<https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/07/Initiative-Lieferkettengesetz-Briefing-Wirtschaftslobby-gegen-Menschenrechte.pdf>

**Paasch, Armin/Seitz, Karolin (2020):**

Wirtschaftslobby: Mit Falschmeldungen gegen das Lieferkettengesetz. Berlin: Initiative Lieferkettengesetz.  
[https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/10/Initiative-Lieferkettengesetz-Briefing-Okt-2020\\_Falschmeldungen-Wirtschaftslobby.pdf](https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/10/Initiative-Lieferkettengesetz-Briefing-Okt-2020_Falschmeldungen-Wirtschaftslobby.pdf)

**Pokorny, Vera/Ellmers, Bodo (2020):**

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020. Welche Priorität haben Nachhaltigkeitsagenda und SDGs. Bonn.  
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-2020>

**Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2020):**

Spotlight on Sustainable Development 2020. Shifting policies for systemic change – Lessons from the global COVID-19 crisis. Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs. Beirut/Bonn/Ferney-Voltaire/Montevidео/New York/Penang/Rome/Suva.  
[www.2030spotlight.org](http://www.2030spotlight.org)

**Seitz, Karolin (2020):**

Ein Weltsolidaritätsgipfel zur Bewältigung der Menschenrechtskrise. Berlin: DGVN.  
<https://dgvn.de/meldung/ein-weltsolidaritaetsgipfel-zur-bewaeltigung-der-menschenrechtskrise/>

**Seitz, Karolin (2020):**

Verhandlungspfad gefunden? Bericht über die fünfte Tagung der UN-Arbeitsgruppe zu einem verbindlichen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty“). Bonn/Berlin: Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing\\_UNTreaty\\_5.Tagung.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_UNTreaty_5.Tagung.pdf)  
 engl. Fassung:  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing\\_On\\_Standby\\_6th\\_Session\\_UN\\_Treaty.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_On_Standby_6th_Session_UN_Treaty.pdf)

**Seitz, Karolin et al. (2020):**

Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten. Forderungen an Politik & Unternehmen. Bonn/Berlin.  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Papier\\_Geschlechtergerechtigkeit\\_in\\_globalen\\_Lieferketten\\_WEB.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Papier_Geschlechtergerechtigkeit_in_globalen_Lieferketten_WEB.pdf)  
 engl. Fassung:  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Position\\_Paper\\_Gender\\_Justice\\_in\\_Global\\_Supply\\_Chains.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Position_Paper_Gender_Justice_in_Global_Supply_Chains.pdf)

**Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2020):**

Wichtiger Schritt für die menschenrechtliche und ökologische Ausrichtung der Weltwirtschaft. Stellungnahme der Treaty Alliance Deutschland zum zweiten überarbeiteten Entwurf für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten.  
[https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/TreatyAllianz-D-Stellungnahme\\_2ndRevisedDraft\\_Sept-2020.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/TreatyAllianz-D-Stellungnahme_2ndRevisedDraft_Sept-2020.pdf)  
 engl. Fassung:  
[https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/TreatyAllianceGermany\\_Statement\\_2ndRevisedDraft\\_2020.pdf](https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/TreatyAllianceGermany_Statement_2ndRevisedDraft_2020.pdf)

### 3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
<b>Moderation</b> von Bodo Ellmers des Launch des Erlassjahr / MISEREOR Schuldenreports 2020 in Berlin	<b>29.01.2020</b>
<b>Moderation</b> von Karolin Seitz des Panels „Defending the space of civil society at the WHO“ im Rahmen des G2H2-Treffens in Genf	<b>01.02.2020</b>
<b>Panelteilnahme</b> von Jens Martens zum Thema „Multilateralismus heute“ bei einer Tagung des Centre Marc Bloch und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin	<b>13.02.2020</b>
<b>Vortrag</b> von Bodo Ellmers zu „10 Jahre Schuldenkrise in Europa“ bei der Evangelischen Akademie Bad Boll	<b>15.02.2020</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Stand der weltweiten Bestrebungen zu mehr Nachhaltigkeit - Die Agenda 2030 und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ bei Engagement Global/SKEW, Bonn	<b>18.02.2020</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zur Rolle der Zivilgesellschaft im Umsetzungsprozess der Agenda 2030, Gustav-Stresemann-Institut Bonn	<b>18.02.2020</b>
<b>Launch des GPF Reports</b> „Die SDGs in Zeiten drohender Finanzkrisen“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn	<b>19.02.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers beim VENRO-Webinar „Entwicklungsfinanzierung in Zeiten der Coronakrise“	<b>08.04.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zur „Coronakrise in Entwicklungsländern“ bei der AG Strukturpolitik der grünen Bundestagsfraktion	<b>04.05.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens über „Corona und die Folgen für die Weltwirtschaft und den globalen Süden“, WBZ Ingelheim	<b>04.06.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zu „Coronakrise und Entwicklungsländer“ beim Alliance SUD Workshop für Schweizer Parlamentarier	<b>08.06.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zu „Corona und die Folgen für die Weltwirtschaft und den globalen Süden“ für Studierende der Freien Universität Berlin	<b>10.06.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens über die COVID-19-Pandemie und die Zukunft der Entwicklungspolitik beim österreichischen NRO-Dachverband Globale Verantwortung, Wien	<b>23.06.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens über die Folgen der Corona-Krise für die globale Nachhaltigkeitsagenda bei Rhein.Main.Fair, EPN, ELAN u.a.	<b>23.06.2020</b>
<b>Reflection Group Webinar</b> „Building back better without building back a broken system“ im Rahmen des UN High-Level Political Forums on Sustainable Development	<b>06.07.2020</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens über Corona und die SDGs – Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf internationaler Ebene bei einer Tagung von SKEW in Baruth/Mark	<b>16.09.2020</b>

<b>Was</b>	<b>Wann</b>
<b>Online-Launch</b> des „Spotlight on Sustainable Development Report 2021“ der Reflection Group	<b>18.09.2020</b>
<b>Online-Workshop</b> von GPF zum Thema „UN75: Globaler Multilateralismus in der Dauerkrise“	<b>18.09.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „5 Jahre SDGs“ bei Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland (NES e.V.) / Engagement Global	<b>22.09.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei Online-Seminar von Fairtrade „Deutsches Lieferkettengesetz konkret – Relevante Aspekte aus der Sicht von Fairtrade“ im Rahmen der Fairen Woche	<b>22.09.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Corona und die SDGs“ beim Eine Welt Netz NRW	<b>02.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zu „Corona und der Globale Süden. Neue Antworten“ beim Forum Eine Welt der SPD	<b>07.10.2020</b>
<b>Schlusswort</b> von Bodo Ellmers beim Webinar „Öffentliche Ressourcen sichern – Illegitime Finanzflüsse bekämpfen. Der Zwischenbericht des FACTI Panels bei den Vereinten Nationen“ von GPF, Friedrich-Ebert-Stiftung, Netzwerk Steuergerechtigkeit	<b>07.10.2020</b>
<b>Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Corona und die globalen Nachhaltigkeitsziele“ bei einer Veranstaltung des Eine Welt Netz NRW in Oberhausen	<b>09.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei virtueller Konferenz von UN Women Deutschland „Planet 50:50, Europe’s contribution to the SDGs“ im Workshop 1 „Closing the Gaps – Economic and Social Perspectives“	<b>15.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei virtuellem Seminar des Kirchlichen Entwicklungsdiensts (KED) für Studierende „Menschenrechte und Umweltstandards entlang der Lieferkette: Wer trägt die Verantwortung?“	<b>17.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zu „Der aktuelle Stand der Umsetzung der Agenda 2030“ beim Webinar der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	<b>19.10.2020</b>
<b>Online-Fachgespräch:</b> „Das UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte – Wie kommen wir weltweit zu ökologisch und sozial nachhaltigen Lieferketten?“	<b>20.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Agenda 2030 und Kommunen“ bei SKEW	<b>20.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei virtuellem Fachgespräch des Marie-Schlei-Vereins „Ohne Alternative: Geschlechtergerechte Liefer- und Produktionsketten – Wie wir Wirtschaft, Menschenrechte und Gender zusammendenken müssen!“	<b>27.10.2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Die Agenda 2030 und ihre Bedeutung für Kommunen“ bei einer Veranstaltung von SKEW	<b>28.10.2020</b>
<b>Online-Side Event</b> „Ein UN-Abkommen für menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten – Perspektive der Gewerkschaften“	<b>28.10.2020</b>
<b>Online-Hintergrundgespräch</b> mit Bundestagsabgeordneten „Aktuelles aus den Debatten um Wirtschaft und Menschenrechte“	<b>04.11.2020</b>

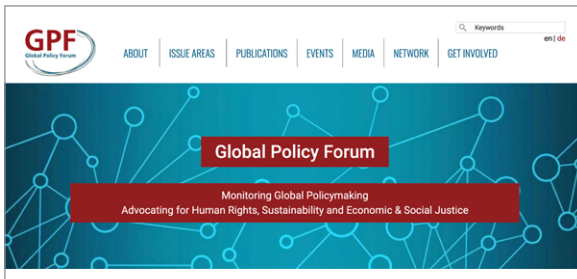
**Was****Wann**

---

<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei Webinar der Initiative Lieferkettengesetz „Geschlechtergerechtigkeit in weltweiten Lieferketten“	<b>16. 11. 2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Bodo Ellmers zum aktuellen Stand der Umsetzung der Agenda 2030 bei einer Konferenz von SKEW u. a.	<b>19. 11. 2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Kritik an den SDGs“ bei einer Veranstaltung von Engagement Global/FEB	<b>24. 11. 2020</b>
<b>Online-Auftritt</b> von Jens Martens beim 13. Deutschen Nachhaltigkeitstag	<b>03. 12. 2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Karolin Seitz bei der Tagung der Schader-Stiftung und der DGVN „Menschenrechtsschutz und die SDGs“	<b>04. 12. 2020</b>
<b>Online-Vortrag</b> von Jens Martens zum Thema „Was bedeutet die Krise des Multilateralismus für die Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe“ bei einer Tagung von VENRO	<b>08. 12. 2020</b>

---

# 4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



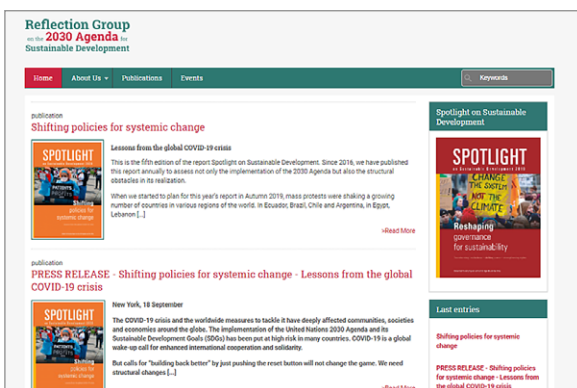
www.2030agenda.de



www.globalpolicywatch.org



www.2030spotlight.org



www.reflectiongroup.org

